



AOK-MEDIENSERVICE

INFORMATIONEN DES AOK-BUNDESVERBANDES WWW.AOK-PRESSE.DE

12/20

POLITIK

 @AOK_Politik

- ams-Hintergrund
- **AOK-Studie: Digitales Gesundheitswissen ist ausbaufähig** 2
- ams-Grafik 1
- **Digitale Gesundheitskompetenz im Überblick** 4
- „AOK im digitalen Dialog“ im Begleitprogramm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft
- **Arzneimittel-Versorgung: Experten fordern mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene** 5
- ams-Grafik 2: Corona-Lockdown
- **Weniger Notfallbehandlungen in Kliniken** 7
- EU-Ticker
- **Aufbau einer europäischen Gesundheitsunion ist kein Selbstläufer** 8
- Zahl des Monats
- **Für 78 Prozent ...** 11
-
- **Neues aus dem Gemeinsamen Bundesausschuss** 12
 - **Kurzmeldungen** 14



ams-Hintergrund

AOK-Studie: Digitales Gesundheitswissen ausbaufähig

16.12.20 (ams). Jedem zweiten Menschen in Deutschland fällt es schwer, gesundheitsbezogene digitale Angebote und Informationen zu finden, zu verstehen und anzuwenden. Das zeigt die erste bundesweit repräsentative Studie zur „Digitalen Gesundheitskompetenz“ der AOK. 8.500 Frauen und Männer im Alter von 18 bis 75 Jahren hat das Institut Skopos im Auftrag der AOK im Herbst dieses Jahres zu ihrer digitalen Gesundheitskompetenz befragt. Die Erhebung fand anonym unter Teilnehmern statt, die sich generell bereit erklärt haben, an Online-Umfragen teilzunehmen.

Die Stichprobe erfolgte auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamts und war hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Einkommen repräsentativ. Die Gesamtstichprobe ergab sich durch Befragung von jeweils 500 Teilnehmern in jedem Bundesland. In Nordrhein-Westfalen befragten die Sozialforscher zudem im Rheinland und in Westfalen ebenfalls je 500 zufällig ausgewählte Teilnehmer. Die Befragung dauerte im Schnitt rund sieben Minuten. Das Ergebnis: Der Umgang mit gesundheitsbezogenen digitalen Angeboten und Informationen fällt gut jedem zweiten Menschen (52,4 Prozent) schwer.

Mitunter schon Probleme bei digitalen Grundkenntnissen

Laut Definition umfasst die allgemeine digitale Gesundheitskompetenz individuelle, soziale und technische Kompetenzen und Ressourcen, die für das Suchen, Finden, Verstehen, Bewerten und Anwenden digital verfügbarer Gesundheitsinformationen wichtig sind. Sie soll Menschen befähigen, durch Nutzung digitaler Gesundheitsanwendungen ein selbstbestimmtes Leben bei hoher Lebensqualität zu führen. Zur spezifischen digitalen Gesundheitskompetenz gehören unter anderem die computerbezogene Kompetenz, Lese und Schreibkompetenz, Such- und Findekompetenz, sowie Gesundheitskompetenz, die sogenannte Health Literacy. „Die Anforderungen an Nutzer, mit digitalen Informations und Kommunikationstechnologien umzugehen, sind heute sehr hoch“, erläuterte Dr. Kai Kolpatzik, Leiter der Abteilung Prävention im AOK-Bundesverband bei der Präsentation der Studie am 8. Dezember. Das Gesundheitssystem befinde sich mitten in einem digitalen Umbruch – die Anforderungen würden also weiter steigen. „Umso wichtiger ist es, allen einen einfachen Zugang zu verlässlichen, qualitätsgesicherten und laienverständlichen Informationen zu ermöglichen“, betonte Kolpatzik.

Die Studie erhob Daten aus sieben unterschiedlichen Bereichen. Dazu zählten operative Fähigkeiten wie Betriebskenntnisse eines Computers, die Fähigkeit zur Navigation im Internet sowie die Erstellung eigener Inhalte. Auch der Schutz von Privatsphäre, die Informationssuche selbst und die damit verbundene Bewertung der Verlässlichkeit und Relevanz von Informationen spielten eine Rolle. Insbesondere der letztgenannte Faktor fiel den Befragten am schwersten. So hatte knapp die Hälfte von ihnen (48,4 Prozent) Schwierig-



keiten, die Zuverlässigkeit von Gesundheitsinformationen zu beurteilen. 40 Prozent fanden es „schwierig bis sehr schwierig“ einzuschätzen, ob hinter den Informationen kommerzielle Interessen stehen.

Frauen und Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung zeigen den Ergebnissen zufolge „tendenziell eine höhere digitale Kompetenz“. Frauen und Männer mit sehr gutem oder gutem Gesundheitszustand hatten laut Studie eine höhere digitale Gesundheitskompetenz als Menschen mit mittelmäßigem bis sehr schlechtem Gesundheitszustand. „Die Umfrage zeigt, dass digitale Gesundheitsangebote leicht zugänglich, verständlich und verlässlich sein müssen, damit alle Menschen davon profitieren“, sagte AOK-Verbandschef Martin Litsch.

Grundkonzept stammt aus den Niederlanden

Der Fragenkatalog – ein Gemeinschaftsprojekt von AOK-Bundesverband, AOK Rheinland/Hamburg und dem Leibniz Wissenschaftscampus Digital Public Health – folgte in seiner Konzeption dem niederländischen Digital Health Literacy Instrument. Dieses Erhebungsinstrument der Forscherinnen van der Vaart und Drossaert erschien besonders valide, vor allem im direkten Vergleich mit anderen internationalen Fragebögen und vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entwickelnden Digitalisierung. Der Fragebogen der aktuellen AOK-Studie basiert auf der übersetzten englischsprachigen Publikation mit 21 Fragen und wurde um Fragen zum Gesundheitszustand und dem Vorliegen von chronischen Erkrankungen sowie zur gesundheitsbezogenen Mediennutzung ergänzt.

Laut Studienergebnissen hat mehr als die Hälfte der Personen ohne chronische Erkrankung eine hohe oder sehr hohe digitale Gesundheitskompetenz. Bei Menschen mit mehreren chronischen Krankheiten sind es nur 43,1 Prozent. Matthias Mohrmann, Vorstandsmitglied der AOK Rheinland/Hamburg und Co-Autor der Studie, sprach sich bei der Vorstellung der Ergebnisse dafür aus, gerade in der Corona-Krise Menschen vor Falschinformationen im Netz zu schützen. „Fundierte Gesundheitskompetenz kann helfen, eine Spaltung der Gesellschaft in Informierte und Uninformierte zu verhindern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“, unterstrich Mohrmann. Mit entsprechenden Versorgungsverträgen und Disease-Management-Programmen (DMP) könnten Personen angesprochen und informiert werden, die bisher noch Schwierigkeiten mit digitaler Gesundheitskompetenz hätten. Auch sogenannte Patientenbegleiter und Selbsthilfegruppen könnten zum Beispiel chronisch Kranke mit niedrigschweligen

WEITERE INFORMATIONEN ZUR STUDIE:

www.aok-bv.de

> Presse > Pressemitteilungen





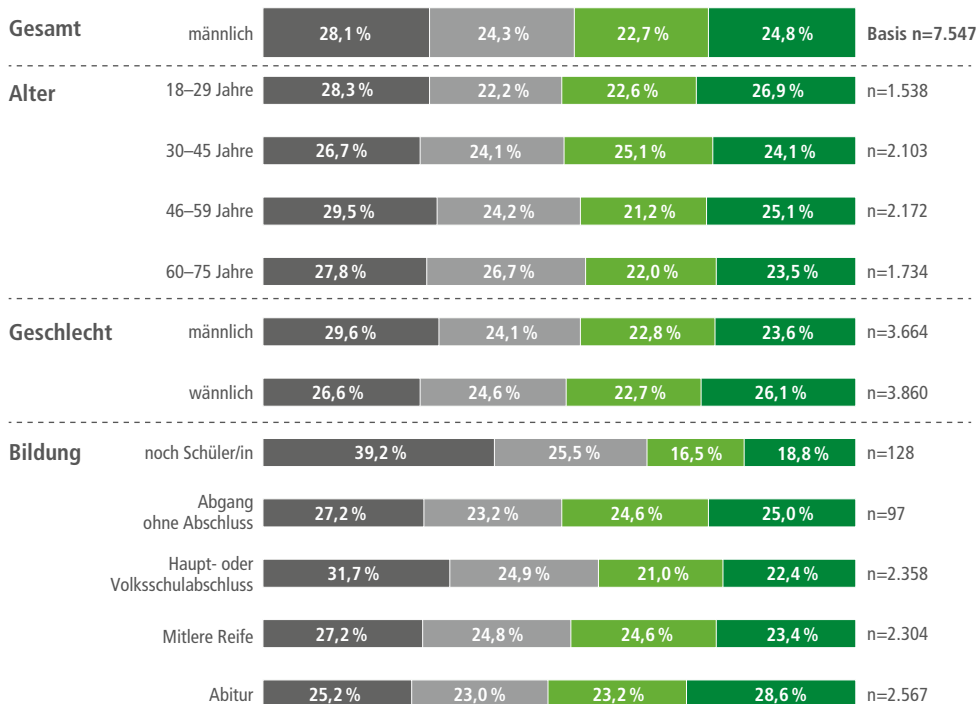
Digitale Gesundheitskompetenz im Überblick

ams Politik 12/20



Digitale Gesundheitskompetenz

■ gering ■ moderat ■ hoch ■ sehr hoch



Quelle: AOK-Bundesverband
Grafik: AOK-Mediendienst

Über die Hälfte der Befragten verfügt laut AOK-Studie nur über eine eingeschränkte digitale Gesundheitskompetenz. Knapp der Hälfte fällt es schwer zu beurteilen, ob Informationen zuverlässig sind oder nicht. Frauen sowie Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung zeigen tendenziell eine höhere digitale Kompetenz.

Diese Grafik können Sie bei Quellenangabe „AOK-Mediendienst“ kostenlos verwenden:
www.aok-bv.de > Presse > AOK-Bilderservice: Gesundheitswesen



AOK im Dialog

Arzneimittel-Versorgung: Experten fordern mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene

27.11.20 (ams). Der stellvertretende Geschäftsführer der EU-Arzneimittelagentur EMA, Noël Wathion, begrüßt die geplanten Kompetenzerweiterungen für seine Behörde. Das erleichtere es der EMA, künftig mit den Einzelstaaten den Bedarf an wichtigen Medikamenten zu ermitteln und zu planen, sagte Wathion Ende November auf der Veranstaltung „AOK im digitalen Dialog“ zur Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln im Begleitprogramm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die Bekämpfung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln ist ein gesundheitspolitischer Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die Corona-Pandemie hat Risiken weltweiter Produktions- und Lieferketten noch einmal deutlich vor Augen geführt.

Der EU-Ministerrat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz hat die EU-Kommission Anfang Dezember damit beauftragt, einen Aktionsplan für eine nachhaltige Gestaltung globaler Lieferketten vorzulegen. Dazu gehören aus Sicht des Rates auch Vorgaben für Sozial- und Umweltstandards bei der Herstellung und mehr Transparenz über die ganze Länge der Lieferketten. Diese Forderungen entsprechen den Vorstellungen des AOK-Bundesverbandes. „Wir wissen viel über Arzneimittel: Was sie kosten, wie oft sie verschrieben und von den Apotheken abgegeben werden. Aber wir wissen fast nichts darüber, wo sie herkommen, wie sie hergestellt werden und wie groß der jeweilige Marktbestand ist“, erläuterte Vorstandschef Martin Litsch das Problem.

Monopolstellung einzelner Unternehmen durchbrechen

Notwendig für eine sichere Versorgung mit Arzneimittel – darin waren sich alle Teilnehmer auf dem Podium einig – sind Markt-Transparenz, die Produktion wichtiger Medikamente durch mehrere Anbieter, das Bevorraten kritischer Präparate, mehr Qualitätssicherung und bessere Kooperation auf EU-Ebene. Die Bundesregierung setze sich insbesondere bei Antibiotika und anderen wichtigen Medikamenten dafür ein, die Monopolstellung einzelner Unternehmen zu durchbrechen, betonte Dr. Lars Nickel vom Bundesgesundheitsministerium (BMG). Es gehe zudem darum, Anreize für Herstellung und Produktion strategisch wichtiger Medikamente in Europa zu bieten. Diese Aspekte seien auch Bestandteil der inzwischen von der EU-Kommission vorgelegten EU-Arzneimittelstrategie.

„Wir wissen inzwischen genau, wie viele Kapazitäten es bei Intensivbetten für Covid-19-Patienten gibt. Ein solches Frühwarnsystem brauchen wir auch für kritische Arzneimittel“, forderte Litsch. Eine EU-weite Erfassung von Lieferengpässen werde durch die Zuständigkeit der Einzelstaaten für das Gesundheitswesen erschwert, erläuterte Dr. Sabine Vogler von der Gesundheit Österreich GmbH. Zudem sei das Vorgehen der einzelnen Länder gegen Lieferengpässe höchst unterschiedlich. Sanktionen gegen Meldepflichtigen seien die Ausnahme. In Österreich müssen Pharmafirmen seit April Lieferengpässe bei rezeptpflichtigen



Medikamenten an eine staatliche Datenbank melden. Ab 2021 sollen Ärzte direkt auf diese Datenbank zugreifen können, um Patienten sofort Alternativen verschreiben zu können, berichtete Dr. Christa Wirthumer-Hoche von der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit.

AOK etabliert umwelt- und sozialverträgliche Vergabekriterien

Die AOK sei bestrebt, durch neue Vergabekriterien für ihre Arzneimittelrabattverträge Lieferketten-Transparenz, höhere Lagerbestände, Qualitätssicherung und das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards durchzusetzen, erläuterte Litsch. Es sei vorstellbar, entsprechende Vertragsstandards auch im europäischen Vergaberecht zu verankern, sagte Nickel. Auch die Produktion in Europa könne auf diesem Wege gefördert werden. Es gehe aber nicht darum, „alles aus Asien nach Europa zurückzuholen“. „Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen“, betonte auch Christa Wirthumer-Hoche. „Es ist auch nicht in erster Linie wichtig, wo produziert wird, sondern wie produziert wird“, ergänzte Litsch.

Die Europaabgeordnete Jutta Paulus (Grüne) warnte mit Blick auf das von der Bundesregierung geplante Lieferketten-Gesetz vor nationalen Alleingängen und plädierte für eine EU-Lösung. Sie forderte zudem, in die gesetzlichen Vorgaben zur „guten Herstellungspraxis“ für Arzneimittel die gesamte Produktionskette einzubeziehen.

AUFZEICHNUNG DER VERANSTALTUNG:

www.aok-bv.de

> Engagement > AOK im Dialog

DAS G+G-SPEZIAL „LÖSUNGEN FÜR LIEFERENGPÄSSE“

www.aok-bv.de

> Hintergrund > Gesundheit und Gesellschaft > G+G Spezial



AKTUELLE AOK-POSITIONSPAPIERE ZUR ARZNEIMITTELVERSORGUNG:

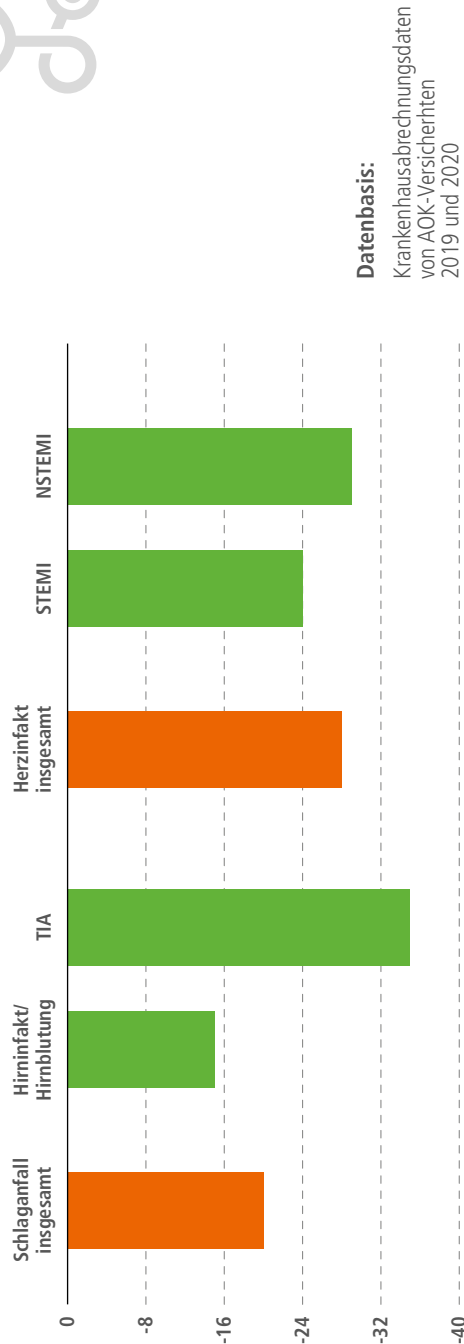
www.aok-bv.de

> Positionen



Corona-Lockdown: Weniger Notfallbehandlungen in Kliniken

ams Politik 12/20



Datenbasis:

Krankenhausabrechnungsdaten von AOK-Versicherten 2019 und 2020

Quelle: WIdO; Grafik AOK-Mediendienst

Vom 16. März bis 5. April 2020 ging die Zahl von Patienten mit leichten oder unspezifischen Symptomen bei Herzinfarkt und Schlaganfall zurück. Wegen einer transitorisch ischämischen Attacke (TIA) mit Schlaganfall-Symptomen für höchstens 24 Stunden wurden 35 Prozent weniger Patienten behandelt als 2019, durch Hirninfarkt oder Hirnblutung ausgelöste Schlaganfälle 15 Prozent weniger. Die Behandlungen schwerer Herzinfarkte mit komplettem Verschluss eines großen Herzkranzgefäßes und charakteristischen EKG-Veränderungen (STEMI) sank um 24 Prozent. Bei der leichteren Variante ohne kompletten Gefäßverschluss, NSTEMI, waren es 29 Prozent. „Die Angst vor einer Covid-19-Infektion könnte gerade Patienten mit leichteren Beschwerden davon abgehalten haben, sich ins Krankenhaus zu begeben“, vermutet WIdO-Geschäftsführer Jürgen Klauber.

Diese Grafik können Sie bei Quellenangabe „AOK-Mediendienst“ kostenlos verwenden:
www.aok-bv.de > Presse > AOK-Bilderservice: Krankenhaus



EU-Ticker

Aufbau einer europäischen Gesundheitsunion ist kein Selbstläufer

10.12.20 (ams). Der Rat der EU-Gesundheitsminister (EPSCO) hat bei seiner jüngsten Sitzung am 2. Dezember auch über die von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angeregte Gesundheitsunion und die inzwischen vorliegende Pharmastrategie der Kommission diskutiert. „Dabei wurde deutlich, dass die Umsetzung der ambitionierten Pläne für mehr Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich keineswegs ein Selbstläufer ist“, sagt AOK-Europaexperte Evert Jan van Lente. Der Rat habe sich zu beiden Projekten noch nicht abschließend positioniert. „Insbesondere das direkte Krisenmanagement im Fall einer Pandemie wollen sich die meisten Einzelstaaten nicht von Brüssel aus der Hand nehmen lassen“, so van Lente. „Im föderal strukturierten Deutschland kollidieren die Vorstellungen der EU-Kommission zudem mit den Kompetenzen der Bundesländer.“ Auch der vom deutschen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn forcierte Ausbau des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu einem „europäischen Robert-Koch-Institut“ stoße nicht bei allen Mitgliedstaaten auf ungeteilte Zustimmung, erläutert van Lente. Dagegen begrüßten die EU-Gesundheitsminister das von der Kommission vorgelegte Gesundheitsprogramm „EU4Health“. Start und Finanzierung sind jedoch an den derzeit noch von Polen und Ungarn blockierten EU-Haushalt gebunden. Spahn zog nach der Sitzung eine positive Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft: „Wir haben die Abwehrkräfte Europas gestärkt und gemeinsam Lehren aus der Pandemie gezogen.“ In der Krise stehe die EU fest zusammen. „Wir produzieren, beschaffen und verteilen Covid-19-Impfstoffe gemeinsam. Wir helfen uns gegenseitig bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten und wir vernetzen uns mit unseren Warn-Apps“, sagte der CDU-Politiker.

ERGEBNISSE DER EPSCO-TAGUNG

www.bundesgesundheitsministerium.de
> Themen > Internationale > Gesundheitspolitik
> EU-Ratspräsidentschaft > Themen und Dokumente > PSCO

VORSCHLÄGE DER EU-KOMMISSION FÜR EINE GESUNDHEITSUNION

www.ec.europa.eu
> Nachrichten > 11. November 2020



DAS GESUNDHEITSPROGRAMM „EU4HEALTH“

www.ec.europa.eu
> Nachrichten > 28. Mai 2020



EMA prüft Corona-Impfstoff von Biontech/Pfizer

10.12.20 (ams). Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) will spätestens bis zum 29. Dezember über die Zulassungsempfehlung des Corona-Impfstoffs von Biontech/Pfizer entscheiden. Die Bewertung des Impfstoffkandidaten „BNT162b2“ werde unter einem beschleunigten Zeitplan erfolgen, erläuterte die EMA am 1. Dezember. Das Ergebnis hänge davon ab, „ob die vorgelegten Daten ausreichend aussagekräftig und vollständig sind, um die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffs aufzuzeigen“. Ein so kurzer Zeitrahmen sei nur möglich, weil bereits während der laufenden Erprobung Daten geprüft worden seien. Laut Pfizer/Biontech zeigte sich der Impfstoff während der bisherigen Studien als gut verträglich und schützt zu 95 Prozent vor einer Infektion. Nach einer positiven Empfehlung wird eine kurzfristige Genehmigung der EU-Kommission erwartet. Diese wird allerdings erst im Januar erfolgen können. Neben Biontech/Pfizer hat auch der US-Pharmakonzern Moderna die EU-Zulassung für seinen Impfstoff beantragt. Mit beiden Unternehmen sowie mit vier weiteren Herstellern eines Corona-Impfstoffes hat die EU bereits Lieferverträge unterzeichnet. Der Vertrag mit Biontech/Pfizer umfasst die Abnahme von insgesamt 300 Millionen Impfdosen.

EMA

www.ema.europa.eu > News 01/12/2020

IMPfstoff-STRATEGIE DER EU

www.ec.europa.eu > Leben, Arbeiten und Reisen in der EU
> Corona-Krisenreaktion > Gesundheitswesen



Kommission will neue Rahmengesetzgebung für Pharmabereich

10.12.20 (ams). Die EU-Kommission hat am 25. November eine neue Arzneimittelstrategie für Europa vorgelegt. Als ein Baustein der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Gesundheitsunion soll diese Agenda den Zugang aller Menschen in der EU zu innovativen und bezahlbaren Arzneimitteln garantieren und auch in Krisenzeiten die Versorgung mit Medikamenten sichern. Die Strategie soll laut Kommission zudem der Digitalisierung im Pharmabereich Rechnung tragen, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der EU sichern und „die Entwicklung hochwertiger, sicherer, wirksamer und umweltfreundlicherer Arzneimittel“ fördern. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Margaritis Schinas, und Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides betonten bei der Vorstellung, dass es darum gehe, die gesamte EU-Rahmengesetzgebung für den pharmazeutischen Bereich zu erneuern. Das werde eine Aufgabe für die ganze Legislaturperiode sein. „Die Pharmastrategie ist keine unmittelbare Reaktion auf die Corona-Pandemie. Sie greift vielmehr politische Initiativen auf, die schon seit einigen Jahren von Europaparlament, Rat und Kommission diskutiert werden“, erläutert der Vertreter der AOK in Brüssel, Evert Jan van Lente. Dennoch beinhalte der jetzt vorgestellte Plan erste Schlussfolgerungen aus den bisherigen Erfahrungen mit der Covid-19-Pandemie. „Die Kommission hat zwar wenig konkrete Maßnahmen genannt. Aber es ist schon ein großer Gewinn, dass sie fast alle Probleme erstmals explizit angesprochen und aufgelistet hat“, so van Lente.

ARZNEIMITTELSTRATEGIE FÜR EUROPA

www.ec.europa.eu > Leben, Arbeiten und Reisen in der EU
> Gesundheitswesen > Humanarzneimittel





EU will bei Gesundheitskrisen enger mit Afrika kooperieren

10.12.20 (ams). Die EU und die Afrikanische Union haben am 7. Dezember eine engere Zusammenarbeit zur Bewältigung von Gesundheitskrisen wie der Corona-Pandemie vereinbart. Das Projekt „EU für Gesundheitssicherheit in Afrika“ ist zunächst auf vier Jahre angelegt und wird von der EU finanziert. Es soll unter anderem die Überwachung und die Aufklärung von Krankheiten erleichtern. Dazu sollen das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und vergleichbare Behörden in der Afrikanischen Union Kenntnisse und Erfahrungen austauschen.

[EU-KOMMISSION](#)

www.ec.europa.eu

> Nachrichten > 7. Dezember 2020





Zahl des Monats

Für 78 Prozent ...

... der Menschen in Deutschland gehört die Stärkung des Gesundheitssystems, der Gesundheitsberufe und –forschung zu den Themen, um die sich die Bundesregierung am meisten kümmern sollte. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen forsa-Umfrage unter 2.000 Teilnehmern im Auftrag des AOK-Bundesverbandes. Höher in dieser Liste rangiert nur noch die Forderung nach mehr Investitionen in Schulen, Bildung und Kinderbetreuung. Dieser Themenkomplex kommt auf 86 Prozent. Bildung und Gesundheit sind damit für die Menschen wichtiger als der Klimaschutz und der nachhaltige Umbau der Wirtschaft auf Platz drei mit 77 Prozent, danach folgen die Belebung von Wirtschaft und der Erhalt von Arbeitsplätzen (76 Prozent) sowie Investitionen in Digitalisierung (71 Prozent).

„Im Hinblick auf das Angebot von Ärzten, Fachärzten und Krankenhäusern wissen wir, dass die ländliche Bevölkerung tendenziell weniger zufrieden ist als die Menschen aus der Stadt“, weiß der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. „Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass in Deutschland eine hohe Gesamtzufriedenheit mit der medizinischen Versorgung besteht.“ Trotz Corona habe sich diese im Vergleich zu 2019 nicht verschlechtert.

Vier von fünf Bürgern sind der Meinung, dass die wohnortnahe medizinische und pflegerische Infrastruktur während der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 gut funktioniert hat. Fast drei Viertel der Befragten sagen das auch für den Bereich der Notfallversorgung von Patienten und Pflegebedürftigen. Negativ werteten jedoch fast zwei Drittel, dass Krankenhäuser wegen der Behandlung von Covid-19-Patienten beziehungsweise zur Schaffung entsprechender Kapazitäten nicht zwingend notwendige Operationen verschieben mussten. Knapp die Hälfte sieht die Mehrfachbelastung für pflegende Angehörige ebenso kritisch wie den eingeschränkten Zugang zu Pflegebedürftigen während des ersten Lockdowns.

Bereits Anfang 2019 hat die AOK die Initiative #StadtLandGesund ins Leben gerufen. Damit soll vor allem die medizinische Versorgung auf dem Land verbessert werden.

WEITERE ERGEBNISSE DER UMFRAGE

www.aok-bv.de
> Presse > Pressemitteilungen

ALLE INFORMATIONEN ZUR AOKINITIATIVE STADT. LAND. GESUND

www.stadtlandgesund.de





Neues aus dem Gemeinsamen Bundesausschuss

Screening auf Hepatitis B und C gehört nun zum Check-up

Versicherte ab 35 Jahren können sich künftig einmalig im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung (sog. Gesundheits-Check-up) auf die Viruserkrankungen Hepatitis B und Hepatitis C testen lassen. Damit sollen unentdeckte Infektionen mit Hepatitis B und C erkannt werden, die unbehandelt gravierende Spätfolgen wie Leberzirrhose oder Leberkrebs nach sich ziehen können. Im schlimmsten Fall wird die Leber so schwer geschädigt, dass eine Lebertransplantation nötig sein kann. „Eine Infektion mit Hepatitis B oder C ist äußerst zuverlässig diagnostizier- und therapierbar. Bei den betroffenen Menschen können so schwerwiegende Leberschädigungen verhindert werden“, sagte Dr. Monika Lelgemann, unparteiisches Mitglied des GBA und Vorsitzende des Unterausschusses Methodenbewertung.

Schiene gegen Atemaussetzer beim Schlafen wird Kassenleistung

Erwachsene, die beim Schlafen unter behandlungsbedürftigen wiederholten Atemaussetzern, der sogenannten obstruktiven Schlafapnoe, leiden, können in der Zukunft eine Unterkiefer-Protrusionsschiene erhalten. Niedergelassene Ärzte dürfen die Schiene verordnen, wenn die Überdrucktherapie mit einer Atemmaske keinen Erfolg gebracht hat. Die Schiene wird während des Schlafens auf den Zähnen getragen und drückt den Unterkiefer leicht nach vorn, so dass die Atemwege offen bleiben. Die obstruktive Schlafapnoe ist die häufigste Form von Atmungsstörungen beim Schlafen. Neben starkem Übergewicht gehören auch anatomische Besonderheiten im Mund- und Rachenraum zu den möglichen Ursachen. Der flache Atem oder die Atemaussetzer im Rahmen einer Schlafapnoe führen zu einer geringeren Sauerstoffversorgung. Eine unbehandelte Schlafapnoe kann nicht nur zu Tages-Schläfrigkeit und Leistungsabfall führen, sondern auch das Risiko für Bluthochdruck, Herzinfarkt oder Schlaganfall erhöhen.

Test auf Sichelzellkrankheit wird Früherkennungsuntersuchung

Alle Neugeborenen in Deutschland können künftig auch mit einem Bluttest auf die Sichelzellkrankheit untersucht werden. Damit deckt das erweiterte Neugeborenen-Screening 15 Krankheiten ab, die durch Früherkennungsuntersuchung frühzeitig erkannt und behandelt werden können. Pro Jahr werden in Deutschland etwa 150 Kinder durch einen angeborenen Gendefekt mit der Sichelzellkrankheit geboren. Dadurch verkrümmen sich die eigentlich runden und flexiblen roten Blutkörperchen, sogenannte Erythrozyten, und nehmen die Form einer Sichel an. Die geschädigten Erythrozyten können ihre Aufgabe, den Sauerstoff zu transportieren, nicht mehr gut erfüllen. Unbehandelt führt die Krankheit bei den Betroffenen zu Blutarmut und Sauerstoffmangel im Organismus. Zugleich wird das Blut zähflüssiger, es kommt zu wiederkehrenden und meist schmerzhaften Gefäßverschlüssen und chronischer Schädigung vieler Organe.



Neurovaskuläre und Lungenzentren ergänzen Spitzenmedizin

Krankenhäuser, die als neurovaskuläres Zentrum oder Lungenzentrum finanzielle Zuschläge erhalten wollen, müssen dafür bestimmte Qualitätsanforderungen des GBA erfüllen. Zu den Voraussetzungen zählen die Anzahl von Fachabteilungen, Mindestfallzahlen sowie Kooperationen, die eingehalten werden müssen. Diese Aufgaben der Spitzenmedizin gehen über die Patientenversorgung hinaus und werden entsprechend nicht über das Fallpauschalen-System abgedeckt. Die derzeitigen Zentrums-Regelungen sehen bereits die Anforderungen an fünf Zentrenarten vor, beispielsweise onkologische Zentren und Herzzentren. „Wir haben heute für zwei weitere Zentrenarten bundeseinheitlich definiert, unter welchen Voraussetzungen sie sich aufgrund ihrer medizinischen Kompetenz und Ausstattung deutlich von anderen Krankenhäusern abheben – also ein Zentrum der Spitzenmedizin sind“, sagte Professor Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzender des GBA und Vorsitzender des Unterausschusses Bedarfsplanung.

Telefonische Krankschreibung läuft bis Ende März

Wer unter leichten Atemwegserkrankungen leidet, kann sich weiterhin telefonisch bis zu sieben Tage krankschreiben lassen. Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat die entsprechende Sonderregelung Anfang Dezember um drei Monate bis zum 31. März 2021 verlängert. Niedergelassene Ärzte müssen sich persönlich durch ein Telefonat vom Zustand ihrer Patienten überzeugen. Die Krankschreibung kann einmalig telefonisch um weitere sieben Kalendertage verlängert werden. Ziel der Sonderregelung ist, direkte Arzt-Patienten-Kontakte zu reduzieren und so das potenzielle Infektionsrisiko zu senken sowie Arztpraxen zu entlasten. Eine entsprechende Regelung hatte bereits für den ersten Lockdown im Frühjahr gegolten und war im Herbst dieses Jahres aufgrund der steigenden Infektionszahlen reaktiviert worden.

[WEITERE INFORMATIONEN ZUR ARBEIT UND ZU ENTSCHEIDUNGEN DES GBS](#)

www.g-ba.de





Kurzmeldungen

Online-Coaching jetzt auch für Patienten mit Diabetes

01.12.20 (ams). Ein neuer Online-Coach der AOK soll Menschen, die an Diabetes mellitus Typ 2 leiden, dabei helfen, die Krankheit besser zu verstehen. Das interaktive Programm unterstützt Betroffene unter anderem bei Änderungen des Lebensstils. Für AOK-Versicherte ist das Angebot kostenlos; ein Teil des Programms steht auch Versicherten anderer Krankenkassen zur Verfügung. Schritt für Schritt erklärt der Online-Coach Diabetes, wie die Krankheit entsteht, was genau im Körper passiert und warum das Risiko für bestimmte Folge-Erkrankungen steigt. Darüber hinaus enthält es Informationen zur Behandlung und zu den Vorteilen der Disease-Management-Programme (DMP) der gesetzlichen Krankenkassen für Diabetes-Patienten. An der Entwicklung war ein Expertenteam aus Diabetologen, Psychologen sowie Ernährungs- und Sportwissenschaftlern beteiligt.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.aok.de/online-coach-diabetes



AOK-Gesundheitsnavigator aktualisiert und ausgebaut

26.11.20 (ams). Der neue AOK-Gesundheitsnavigator informiert noch umfassender über die Qualität niedergelassener Ärzte und Kliniken. Der Online-Service wurde zudem um eine Hebammen-Suche und Kontaktinformationen für den Notfall erweitert. Der Navigator ist kostenlos, werbefrei und hat keinen kommerziellen Hintergrund. „Unser Ziel ist es, Nutzerinnen und Nutzern eine leicht zugängliche Orientierung zu bieten“, sagt Martin Litsch, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes. „Daher stellen wir exklusive AOK-Informationen zur Qualität im neuen Navigator noch stärker als bisher in den Fokus.“ Basis sind wissenschaftliche Auswertungen der anonymisierten Daten der 27 Millionen AOK-Versicherten.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.aok.de/gesundheitsnavigator



AOK drängt auf Ende bei Trickereien mit Pflegekosten in Kliniken

23.11.20 (ams). Der AOK-Bundesverband drängt die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und den GKV-Spitzenverband auf eine neue vertragliche Regelung, um Doppelabrechnungen von Krankenhäusern bei den Pflegekosten zu verhindern. Denn: „Viele Krankenhäuser tricksen weiter und rechnen doppelt ab“, kritisierte der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, am Montag (23. November). Ende Oktober hatten sich DKG und GKV-Spitzenverband auf einen Kompromiss verständigt, mit dem eine Doppelfinanzierung bereinigt werden sollte.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.aok-bv.de > Presse > Pressemitteilungen





Redaktion
AOK-Mediendienst
Rosenthaler Straße 31
10178 Berlin

Name: _____

Redaktion: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Adressenänderung

Bitte senden Sie den AOK-Medienservice Politik künftig an folgende Adresse:

Name: _____

Redaktion: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./Fax: _____

Wenn Sie künftig den AOK-Medienservice Politik nicht mehr per Post, sondern **per E-Mail** erhalten wollen, melden Sie sich bitte unter folgender Web-Adresse an:

www.aok-bv.de/presse/medienservice

Ich interessiere mich auch für die Ratgeber-Ausgabe des AOK-Medienservice:

Bitte schicken Sie mir den AOK-Medienservice Ratgeber **per Post** an obige Adresse.

Bitte streichen Sie mich aus dem Verteiler für die Printausgabe des AOK-Medienservice Politik.

(Ihre Daten werden umgehend gelöscht.)

Sonstige Wünsche und Bemerkungen:
